# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bei ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 100 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Donnerstag, den 30. April | Erscheint: wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt", Herd und Scholle" — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1931


# Der Alp der Wirtschaft

## Nutzloses Gold.

**Der Reichsbankpräsident über die Wirtschaftskrise.**

Auf der Generalversammlung der Reichsbank machte der Reichsbankpräsident Dr Luther bedeutsame Ausführungen zur Gold- und Reparationsfrage Er wies u. a. darauf hin, daß die Verteilung des Goldes über die Erde hin falsch sei, nicht aber die Goldwährung als solche.

**Die falsche Verteilung des Goldes**

sei die Folge politischer Vorgänge In Deutschland z. B. sei der für Währungszwecke zur Verfugung stehende Goldbestand von 64 Mark im Jahre 1913 auf 36 Mark im Jahre 1930 je Kopf der Bevölkerung zurückgegangen, während z. B. in Frankreich dieser Goldbestand im gleichen Zeitraum von 150 auf 214 Mark und in den Vereinigten Staaten von 86 auf 161 Mark gestiegen sei. Hauptursache dieser Goldverschiebungen seien

**die Reparationszahlungen**

Deutschlands und die internationalen Kriegsschuldenzahlungen. Solange diese Zahlungen andauerten, wäre es wirtschaftlich vernünftig, von Empfängerländern her einen natürlichen Ausgleich der Zahlungen durch Einfuhr ausländischer Wertpapiere oder durch langfristige Anlage der Zahlungsüberschüsse im Auslande herbeizuführen Dieses geschehe jedoch nicht, jedenfalls nicht in dem erforderlichen Umfange, und namentlich nicht von Frankreich aus Der Ausgleich werde vielmehr zum größten Teil durch Goldeinfuhr vollzogen

**In einer Zeit, wo die ganze Welt und in besonders hohem Maße Deutschland nach langfristigem Kapital Hunger leide, entziehe man dem Lande, das es am nötigsten gebrauche, nicht nur durch die Reparationsleistungen das Kapital, sondern verhindere obendrein aus politischen und anderen Gründen, daß dieses Kapital nach seinem Umweg über die BIZ sich weiter als Kapital zur Befruchtung der Weltwirtschaft betätigen könne.**

Durch die politischen Zahlungen werde ein dauerndes Störungsmoment in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gebracht In Deutschland liege die durch die hohe kurzfristige Auslandsverschuldung begründete Sorge vor weiteren plötzlicher und unerwarteten Goldentziehungen als lähmender Alp auf dem Wirtschaftsleben Nur so seien die Schwierigkeiten zu verstehen, vor denen die Reichsbank bei der Beschaffung der für die Reparationszahlungen erforderlichen Devisen sich fortgesetzt befinde

Der jetzige Gold- und Devisenbestand der Reichsbank bleibe hinter dem Höchststande des vorigen Jahres noch um eine Milliarde zurück und sei gegenüber dem Zustande nach Abschluß der Verlustperiode des Herbstes nur um etwa 200 Millionen gebessert

**Das Aktivwerden der Handelsbilanz**

beruhe in keiner Weise auf einer Steigerung der Ausfuhr, sondern lediglich auf einer Verminderung der Einfuhr Dr Luther betonte sodann, daß die geringe Belebung der Wirtschaft in den letzten Wochen über das saisonmäßige Maß nicht hinausgehe Ja, die Verminderung der Erwerbslosigkeit bleibe hinter der vorjährigen jahreszeitlichen Erholung zurück

„So falsch es wäre, leere Hoffnungen zu erwecken," so schloß Dr Luther „so kann doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß offensichtlich in wichtigen Wirtschaftszweigen der Konsum seit längerer Zeit aus Lagerbeständen befriedigt wird ohne daß eine laufende Wiederauffüllung in hinreichendem Umfange stattgefunden hat Soweit solche Lagerbestände sich erschöpfen, ist mit einer

**allmählichen Erleichterung der Krise**

durch Aufträge auf Herstellung dieser Konsumgüter zu rechnen. Außerdem soll mit Befriedigung festgestellt werden, daß die zusätzliche Not, die wir aus psychologischen Ursachen seit mehr als einem halben Jahre zu erdulden hatten im Schwinden begriffen ist Das Vertrauen im In- und Auslande zur Stabilität der deutschen Verhältnisse wächst erkennbar an

**Diese eingetretene ruhigere Beurteilung enthebt die für das deutsche Volksschicksal Verantwortlichen in keiner Weise der Notwendigkeit tatkräftigen Handelns, drückt aber das berechtigte Vertrauen des In- und Auslandes aus, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk die vor, während und nach dem Kriege so Gewaltiges geleistet haben auch der Schwierigkeiten der Gegenwart Herr werden."**

**Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Vorberatungen zu den Beschlüssen des Reichskabinetts in der Agrarzollfrage sind abgeschlossen worden.

* Reichsbankpräsident Dr. Luther machte bemerkenswerte Ausführungen über die Gründe der Wirtschaftskrise.

* Die bayerische Regierung hat die Begnadigung des zum Tode verurteilten Versicherungsmörders Tetzner abgelehnt. Tetzner wird in dieser Woche hingerichtet.

* In Kaukasien sind zwölf Orte, darunter die Stadt Nachitschewan, von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Mindestens hundert Menschen sollen den Tod gefunden haben.

# Arbeitszeitverkürzung und Preise

## Das Handwerk zur Arbeitslosenfrage

**Die Reform der Arbeitslosenversicherung.**

Die gemeinsamen Ausschüsse für Gewerberecht und Gewerbepolitik und für Sozialpolitik beim Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag und beim Reichsverband des deutschen Handwerks traten in Hannover zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Die Ausschüsse nahmen Stellung zu den von der Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage ausgearbeiteten Vorschlägen. Nach eingehender Aussprache kamen die Ausschüsse zu der

**einstimmigen Ablehnung des Vorschlages,**

zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zwangsweise eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. Nach den Vorschlägen soll die Arbeitszeitverkürzung auf Betriebe mit nicht mehr als zehn Arbeitnehmern keine Anwendung finden. Dadurch würde aber der Berufsstand Handwerk in zwei Gruppen mit verschiedenem Arbeitsrecht zerrissen. Eine Arbeitszeitverkürzung bleibt ferner für Saisongewerbe wie für das Bauhaupt- und die Baunebengewerbe untragbar. Die Herabsetzung der Arbeitszeit hat auch nur dann Sinn und Zweck, wenn sich damit

**eine Einstellung neuer Arbeitskräfte**

verbinden läßt Dem stehen aber in einer ganzen Reihe handwerkerlicher Gruppen betriebstechnische Gründe im Wege.

**Schließlich mußte der Vorschlag der Gutachterkommission auf zwangsweise Einführung einer verkürzten Arbeitszeit Ablehnung finden, da jede Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung der Unkosten und damit der Preise nach sich ziehen wird. Eine Erhöhung des Preisniveaus kann aber von niemand mehr verantwortet werden, denn eine solche würde sicher nur zu größerer Arbeitslosigkeit Anlaß geben.**

Eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit würde auch durch die in ihrem Gefolge ohne allen Zweifel vermehrt auftretende Schwarzarbeit das Arbeitsgebiet der Handwerks empfindlich einengen.

Die Ausschüsse bedauerten, daß sich die Gutachterkommission den Gründen der Arbeitslosigkeit nicht zuwandte und so auch die Auswirkungen der

**starken steuerlichen und sozialen Belastung**

nicht in den Kreis ihrer Untersuchung zog. Die Arbeitslosenunterstützung darf im Verein mit sonst ergänzender Fürsorge den Arbeitswillen niemals lähmen. Auf diesem Gebiet werden sich ernste Reformen an der Arbeitslosenversicherung nicht länger mehr aufschieben lassen. Das Handwerk hat in dieser Richtung schon immer eine Herabsetzung der Unterstützungssätze in den höheren Lohnklassen, eine Kürzung der Unterstützungsdauer, eine verstärkte Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, strengste Sparmaßnahmen in der Verwaltung und eine Herabsetzung der Beiträge auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß für notwendig bezeichnet. Auch die im § 90 Abs 2 Ziff. 1 und 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgesehenen Bestimmungen über berechtigte Gründe zur Verweigerung der Annahme von Arbeit für Arbeitslose müssen aufhoben werden.

Mit den Vorschlägen zur

**Frage der Doppelverdiener**

erklärten sich die Ausschüsse einverstanden. Die Ausschüsse befaßten sich weiter mit der Frage der Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Diese Zusammenlegung wurde aus Gründen der Vereinfachung und Verbilligung für unbedingt notwendig erachtet, wobei die Gewährung einer Unterstützung von der Prüfung der individuellen Bedürftigkeit abhängig gemacht werden soll. Diese Prüfung soll von den Gemeinden vorgenommen werden, da die Arbeitsämter nach ihrem jetzigen Aufbau und ihrer personellen Besetzung hierfür nicht geeignet sind. Die Prüfung über Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit soll den Arbeitsämtern verbleiben Die Durchführung der Fürsorge ist den Gemeinden zu übertragen. Zur Sicherung einer sparsamen Wirtschaftsführung erscheint ein Ausbau der Aufsicht der Landesregierungen über die Gemeinden geboten.

## Politische Rundschau

### Deutsches Reich

**Mecklenburg und die Osthilfe.**

Der Reichspräsident empfing den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, Eschenburg, welcher über die ernste Lage der Landwirtschaft in Mecklenburg-Schwerin und die Notwendigkeit alsbaldiger Einbeziehung des Landes in die Osthilfe Vortrag hielt.

**Agrarpolitische Erklärungen des Landwirtschaftsrates.**

Der Deutsche Landwirtschaftsrat tritt am Mittwoch, den 6. Mai, zu seiner 61. Vollversammlung in Berlin zusammen. Es sind wichtige agrarpolitische Erklärungen zu erwarten, insbesondere in der Eröffnungsansprache des Präsidenten Dr. Brandes. Auch Reichsernährungsminister Dr. Schiele wird das Wort nehmen. Man rechnet auch mit der Möglichkeit des Erscheinens des Reichskanzlers Dr. Brüning.

**Preußen soll den Gemeinden helfen.**

Im preußischen Staatsrat setzten der Gemeinde- und Hauptausschuß die gemeinschaftliche Beratung über die Notlage der Gemeinden fort. Es wurde beschlossen, eine gesetzliche Regelung zu empfehlen, nach der der preußische Staat als Anteil an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge im Rechnungsjahr 1931 einen Betrag von 250 Millionen Mark übernehmen soll.

**Die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen.**

Während der März einen nicht unerheblichen Rückgang der Zahl der Erwerbslosen- und Krisenunterstützungsempfänger gebracht hat, haben die Wohlfahrtserwerbslosen auch in den deutschen Landkreisen an Zahl weiter zugenommen. In den deutschen Landkreisen wurden am 31. März 1931 347 000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose festgestellt. Gegenüber dem Stande vom 28. Februar 1931 (342 000) bedeutet dies eine Steigerung um 5000 oder 1,5 Prozent. Demnach hat im Gegensatz zur Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die im März eine Entlastung erfahren haben, die finanzielle Belastung der Landkreise durch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge sich weiter erhöht.

### Großbritannien.

**Neubewaffnung der englischen Infanterie.**

Vom englischen Generalstab ist dem Kriegsminister ein Plan zur Verstärkung der Stoßkraft der Infanterieregimenter unterbreitet worden. Er schlägt vor, daß die leichten Maschinengewehre die Hauptwaffe der Infanterie werden sollen. Bei jedem Infanterieregiment soll ferner eine Kompagnie mit Mörsern, eine weitere mit Maschinengewehren zur Flugzeugabwehr und eine dritte mit Maschinengewehren zur Abwehr von Tanks ausgerüstet werden.

### Aus In- und Ausland

**Berlin.** Der dritte Monat des laufenden Geschäftsjahres 1931 hat, wie die Reichsbahn mitteilt, infolge des Daniederliegens der Wirtschaft einen weiteren Rückgang der Einnahmen gebracht. Bis zum 1. April 1931 sind sie um rund 170 Millionen Mark hinter dem Vorjahr und um rund 300 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1929 zurückgeblieben.

**Prag.** Im Prager Außenministerium wurden die Vereinbarungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über die Regelung des Luftverkehrs vom deutschen Gesandten und dem tschechischen Bevollmächtigten unterzeichnet.

## Die Überschwemmung des deutschen Holzmarktes.

(229 Sitzung.) tu. Berlin, 29 April.

Der Preußische Landtag überwies einen kommunistischen Antrag, 10 000 Mark als erste Hilfe für die bei der Explosion in einer chemischen Fabrik in Magdeburg geschädigten Arbeitnehmer zu bewilligen, dem Hauptausschuß und setzte dann die Aussprache zur zweiten Lesung des Forsthaushalts fort.

Landwirtschaftsminister Dr Steiger erklärt, daß durch Auflösung von 23 Oberförstereien, 19 Forstrentmeisterstellen, 26 Revierförsterstellen und 22 Forstsekretärstellen nennenswerte Ersparnisse bei den persönlichen Ausgaben gemacht worden seien Bei den Holzwerbungskosten sei dagegen teilweise eine Erhöhung der Ausgaben eingetreten. Die Fläche der verpachteten Jagden habe von Jahr zu Jahr zugenommen Der Erlös hieraus sei im Verlauf der letzten drei Jahre etwa auf das Doppelte gestiegen Um den Erlös beim Holzverkauf möglichst günstig zu gestalten, seien die Regierungen erneut darauf hingewiesen worden, alle Verkaufsmöglichkeiten auszunutzen Bedauerlicherweise seien die Holzpreise fast sämtlich unter Vorkriegspreis gesunken Die Einfuhr aus Rußland sei in den letzten Jahren ständig gestiegen, da Rußland Holz für jeden Preis verkaufe. In nächster Zeit müßten

**die Holzzölle neu geregelt**

werden. Der Minister beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Verselbständigung der Forstverwaltung und legte im einzelnen seine Bedenken gegen die Überführung der Forstverwaltung in eine andere Rechtsform dar.

Abg Helmers-Brinkum (D Vp.) weist auf die Überschwemmung des deutschen Marktes mit russischem Holz hin. Die russische Holzeinfuhr nach Deutschland sei im Jahre 1930 auf zwei Millionen Festmeter gestiegen. Die einzige Möglichkeit zur Einschränkung der russischen Holzeinfuhr sieht der Redner in einer Kontingentierung, die auf dem Verhandlungswege erreicht werden müsse.

Der Landtag nimmt sodann

**Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums**

vor. Annahme finden u. a. Anträge auf vorzugsweise Berücksichtigung des mittelständlerischen Handwerks und Gewerbes bei Lieferungen und Instandsetzungen. Angenommen wird ferner ein Zentrumsantrag, gemeinsam mit der Reichsregierung baldmöglichst ein auf mehrere Jahre abgestelltes Westhilfegesetz vorzulegen. Bei den zuständigen Stellen soll erreicht werden, daß die Arbeiten aus öffentlichen Mitteln in den Grenzgebieten des Westens möglichst an das einheimische, ortsansässige Gewerbe vergeben werden. Weiter werden noch einige Anträge zugunsten der Polizeibeamten angenommen.

Das Haus setzt sodann die Aussprache zum Forsthaushalt fort.

Abg. Bartelt-Hannover (Staatspartei) wünscht anständige oder angemessene Entlohnung der Waldarbeiter. Er tritt für Hilfsmaßnahmen für die Harzgebiete ein und fordert vorsichtige Zollsätze auf Schnitthölzer und Holzwaren, während eine Überspannung der Holzzölle den Waldbesitzern infolge der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung keinerlei Vorteile verschaffen würde. In der Forstwirtschaft sollte man, wie in den Privatforsten, auch Wohlfahrtserwerbslose beschäftigen.

Abg. Haase-Liegnitz (Wirtschaftspartei) verweist auf die trostlose Lage des privaten Waldbesitzes. Infolge der modernen Bauweise sei der Holzverbrauch sehr zurückgegangen. Er wünscht Klassifizierung des Holzes bei der Zollfrage und Ausgleich der tarifarischen Verschiedenheiten beim Holztransport. Dann vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 10 Uhr. Weiterberatung.

## Die preußischen Staatsfinanzen.

**Im Haushaltsjahr 1930/31.**

Eine vom preußischen Finanzministerium aufgestellte Übersicht über die preußischen Staatseinnahmen und -ausgaben in den Monaten April 1930 bis März 1931 des Rechnungsjahres 1930 ergibt nach dem Amtlichen Preußischen Pressedienst an ordentlichen Einnahmen 2271,3 Millionen Mark, denen an ordentlichen Ausgaben 2380,6 Millionen Mark gegenüberstehen. Das zeigt eine Mehrausgabe von 109,3 Millionen Mark.

## Die Deutschnationalen gegen die Notverordnung.

Die deutschnationale Fraktion hat im Preußischen Landtage einen Urantrag eingebracht, worin die Staatsregierung

ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß entweder eine sofortige Zurückziehung der Notverordnung vom 28. März d. J. erfolgt oder aber dem Reichstag beschleunigt Gelegenheit gegeben wird, über sie endgültig zu entscheiden.

## Preußischer Staatsrat.

Gemeinden bekommen Staatshilfe.

**Der Preußische Staatsrat nahm einstimmig den Initiativgesetzentwurf an, wonach sich der Preußische Staat im Rechnungsjahr 1931 mit einem Betrage von 250 Millionen Mark an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge beteiligen soll.**

Die Mittel sollen auf die Bezirksfürsorgeverbände verteilt werden, und zwar einmal nach der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Fürsorgeverbänden und zum andern nach dem Bedarfssatz, der unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durchschnittlich für den einzelnen Unterstützungsfall festgesetzt wird. Das Gesetz soll

**rückwirkende Kraft ab 1. April**

dieses Jahres erhalten. — Der Staatsrat vertagte sich auf den 19. Mai, um sich dann mit dem evangelischen Kirchenvertrag zu beschäftigen.

Mit dem Gesetzentwurf zugunsten der Erwerbslosenunterstützung, die den Gemeinden obliegt, hat der Staatsrat zum erstenmal von dem Recht, ein Initiativgesetz vorzulegen, Gebrauch gemacht.

**Der Staatsrat sieht die Lage der Gemeinden und der Gemeindeverbände so ernst an, daß er ein sofortiges Handeln für geboten erachtet hat.**

Die Verhandlungen zwischen Reich und Staat schleppen sich seit Wochen hin, ohne daß eine Hilfe für die überlasteten Gemeinden auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge eingetreten wäre. Um die Sache vorwärtszutreiben, hat sich dann der Staatsrat in seltener Einmütigkeit zu dem Initiativgesetz entschlossen.

## Untersuchung der Roggenstützungsaktion.

Um die Preisgestaltung des Roggens.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Roggenstützungsaktion ist wieder zusammengetreten. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Weber (Staatspartei), teilte mit, er habe jüngst nur sagen wollen, Danzig gehöre geographisch nicht mehr zu Deutschland und man müsse daher, wenn Danziger Firmen als Sachverständige vorgeschlagen würden, besonders vorsichtig sein.

Ein Sachverständiger vertrat die Ansicht, daß es kein Erfolg der Stützungsaktion sei, wenn heute der Roggenpreis hoch liege. Ein hoher Preis sei für den Landwirt natürlich nur dann notwendig, wenn er Ware zu verkaufen habe. Jetzt aber sei der Preis hoch zu einer Zeit, zu der der Landwirt nichts mehr abzugeben habe. Bei der Stützung habe zu wenig Praxis geherrscht; man sei mit ungenügender Sachkenntnis und mit ungenügenden Mitteln an die Dinge herangegangen, ohne sich die Erfahrungen anderer zunutze zu machen. Aus dem Gutachten eines anderen Sachverständigen war zu entnehmen, daß eine nicht unwesentliche Marktentlastung und eine wesentliche Beeinflussung der Preise erreicht worden sei, die nach Ansicht des Sachverständigen ohne die Stützung ins Bodenlose gesunken wären.

## Der wachsende Wert der Reparationszahlungen.

Politische Feststellungen der Reichsbank.

Der Jahresbericht der Reichsbank für 1930 enthält bedeutsame politische Feststellungen. So stellt der Bericht ausdrücklich fest, daß die seit 1928 zu beobachtende Verschlechterung des deutschen Wirtschaftslebens während des Berichtsjahres unter der Einwirkung der Weltwirtschaftskrise sich außerordentlich verschärft habe. Daß Deutschland überhohe Reparationsleistungen zu tragen habe, gebe der inländischen Depression ihre besondere Schwere.

**Dabei falle erschwerend ins Gewicht, daß die Reparationszahlungen seit Beendigung der Pariser Konferenz ihrem realen Wert nach um ein Fünftel gewachsen seien. Es zeige sich mit erschreckender Deutlichkeit, was die deutschen Vertreter bei der Pariser Konferenz fortgesetzt, aber erfolglos, betont hätten, nämlich, daß der unaufhörliche Druck der Forderungen der Siegerstaaten immer von neuem politische und wirtschaftliche Erschütterungen verursache.**

Der Bericht betont sodann, daß diese Lage den Nährboden für Währungsbesorgnisse gebildet habe, die durch innenpolitische Vorgänge ausgelöst worden seien, die als Reaktion einer auf die Spitze getriebenen Volksnot gewertet werden müßten. Die Reichsbank habe indessen den Beweis liefern können, daß alle Befürchtungen wegen der Stabilität der Reichsmark durchaus grundlos seien.

## Abschluß der Agrarzollberatungen.

Das Kabinett vor entscheidenden Beschlüssen.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts ist für Donnerstag anberaumt worden und man erwartet, daß in ihr entscheidende Beschlüsse in den Agrarzollfragen gefaßt werden. Inzwischen fanden unter des Vorsitz des Reichskanzlers Chefbesprechungen über die Zollfragen statt, an der der Reichsernährungsminister, der Reichsaußenminister und der Reichsarbeitsminister teilnahmen.

Auch die Besprechungen des Reichskanzlers mit Reichstagsabgeordneten wurde fortgesetzt. So empfing Dr. Brüning die sozialdemokratischen Unterhändler, die ihre Bedenken vorbrachten gegen Erhöhung des Brotpreises und weitere beabsichtigte Zollerhöhungen. Der Brotpreis müsse auf den Stand des letzten Halbjahres gehalten werden. Eine Verschlechterung des Brotes dürfe nicht erfolgen. Der Kanzler erwiderte, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten, und daß die Entscheidung über die dazu erforderlichen Maßnahmen vom Kabinett in kürzester Frist herbeigeführt werden soll. Weiter gelangte zur Besprechung die ungünstige Finanzlage der öffentlichen Körperschaften und die sozialpolitischen Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Ferner empfing der Reichskanzler den Vertreter des Landvolks, Dr. Gereke, nachdem dieser vorher eine Unterredung mit Reichsernährungsminister Schiele gehabt hatte. Die gesamtpolitische Lage und insbesondere die Zollforderungen der Landwirtschaft wurden besprochen.

Wie immer in solchen innenpolitisch bewegten Zeiten wollen die Gerüchte über eine Ministerkrise nicht verstummen. Bald wird der Reichsernährungsminister, bald der Arbeitsminister genannt, deren Ministersessel infolge der Behandlung der Agrarzollfragen im Kabinett nicht mehr feststehen sollen. Mit der Möglichkeit, sogar Wahrscheinlichkeit einer kurzen Tagung des Reichstages während des Sommers, jedenfalls nach der Zusammenkunft von Chequers, rechnet man in parlamentarischen Kreisen immer mehr.

Als einen der bisherigen Beschlüsse des Reichskabinetts wird jetzt bekannt die Zubilligung eines Zuschusses von sieben Millionen für den Monat Mai für die notleidende Knappschaftsversicherung. Weitere Schritte zur Lösung dieses Finanzproblems sind vorgesehen.

Wie es scheint, sind die Vorberatungen des Agrarprogramms jetzt abgeschlossen, und die Reichsregierung wird sich in den kommenden Wochen mit den großen innenpolitischen Fragen der Reform der Sozialversicherungen und der Reichsreform zu befassen haben. Außenpolitisch wird das Arbeitsprogramm der Vorbereitung der Genfer Tagung des Völkerbundes und der deutsch-englischen Zusammenkunft in Chequers umfassen.

## Finanz- und Sozialreform verzögern sich.

Chefbesprechung in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei fand eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz von Dr. Brüning statt, an der der Ernährungsminister, der Außenminister und der Arbeitsminister teilnahmen. Die Besprechung diente der

**Vorbereitung der Kabinettsentscheidungen,**

die über die Agrarfragen fallen sollen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Mehrzahl der Zollerhöhungen beschlossen werden wird. Die Entscheidungen über den Butterzoll werden ausgesetzt werden.

**Die Erledigung der Finanz- und Sozialreform dürfte dagegen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Arbeiten des Braun-Ausschusses an den beiden letzten Gutachten sind, sicherem Vernehmen nach, noch nicht so weit gediehen, daß mit schnellen Entscheidungen des Reichskabinetts gerechnet werden könnte.**

Den Abschluß der Gutachtertätigkeit des Braun-Ausschusses erwartet man für Ende Mai, so daß die sozialpolitischen Reformen frühestens Anfang Juni durchgeführt werden können.

Unabhängig davon soll aber noch vor Pfingsten die Knappschaftsversicherung saniert werden, da hier die Neuregelung wegen des laufenden Zuschußbedarfs der Knappschaft besonders dringlich ist.

## Die Ehre der alten Frontsoldaten.

Landrat Hansmann stellt Strafantrag.

Auf die bekannte deutschnationale Anfrage im Preußischen Landtage über die Äußerung des Landrats Hansmann gegen die alten Frontsoldaten hat jetzt der preußische Innenminister geantwortet: „Nach dem Ergebnis der amtlichen sehr eingehenden Untersuchung habe Landrat Hansmann die ihm in den Mund gelegte, in der Anfrage wiedergegebene Äußerung nicht getan. Er hat im übrigen gegen die Zeitung, die jene Behauptung als erste verbreitet hat, Strafantrag wegen Verleumdung und übler Nachrede gestellt, so daß die Angelegenheit demnächst auch vor den ordentlichen Gerichten klargestellt werden wird.

## Deutschenhaß in Litauen.

Verbotene Kirchenlieder.

Die litauische Polizei verhaftete in dem an der Grenze gelegenen Ort Wirballen sieben führende Mitglieder der dortigen 4000 Seelen zählenden rein deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde. Die Festgenommenen wollten auf Grund eines einstimmigen Beschlusses verhindern, daß der gegen den Willen der Gemeinde zum Seelsorger ernannte jugendliche litauische Prediger Wiemer das Pfarrhaus bezieht. Bereits bei seiner Einführung kam es zu einem erregten Zwischenfall, da er die Antrittspredigt in litauischer Sprache halten wollte, woran ihn die Gemeinde durch Singen deutscher Kirchenlieder hinderte. Es ist zu bemerken, daß das ganze Kircheneigentum der Wirballener evangelisch-lutherischen Gemeinde ausschließlich den dortigen Deutschen gehört.

## Der Völkerbund an Moskau.

Die Antwortnote des Generalsekretärs.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat der Moskauer Regierung auf ihre Antwortnote auf die Einladung zu den wirtschaftspolitischen Verhandlungen der Europakommission ein neues Schreiben übermittelt, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftspolitischen Verhandlungen der Europakommission voraussichtlich am zweiten Tage der Ausschußarbeiten, am 16. Mai, beginnen werden.

## Tetzner wird hingerichtet.

Bayern lehnt die Begnadigung ab.

**Der Ministerrat des Freistaates Bayern hat beschlossen, von seinem Begnadigungsrechte in der Sache des wegen Mordes zum Tode verurteilten Kaufmannes Kurt Erich Tetzner aus Olsnitz keinen Gebrauch zu machen.**

Die Hinrichtung Tetzners, der, um einen Versicherungsbetrug verüben zu können, einen Wanderburschen in sein Auto gelockt und den jungen Menschen dann bei lebendigem Leibe samt dem Auto verbrannt hatte, dürfte in Regensburg am Freitag oder Sonnabend morgen erfolgen. Einen Tag vorher soll dem Verurteilten im Gefängnis Regensburg die amtliche Mitteilung von der Ablehnung seines Gnadengesuches gemacht werden. Die Hinrichtung Tetzners wird die erste Vollstreckung einer Todesstrafe sein seit den Vereinbarungen zwischen dem Reichsjustizministerium und den deutschen Ländern über die Aussetzung des Vollzuges der Todesstrafe. Die Vereinbarungen waren getroffen worden, weil damals die etwaige Aufhebung der Todesstrafe in Deutschland zur Diskussion stand.

*

**Fallschwertmaschine und Armesünderglocke.**

In Bayern werden von alters her Hinrichtungen mittels des Fallbeils oder der „Fallschwertmaschine", wie dort die Guillotine genannt wird, vollzogen. Das letztemal trat die Fallschwertmaschine im Januar 1928 in Tätigkeit: damals wurde in München ein Bauer, der seine Geliebte und deren Kind ermordet hatte, hingerichtet. Über das

**Läuten der Armesünderglocke**

bei Hinrichtungen heißt es in einer alten, aber noch heute geltenden bayerischen Gerichtsordnung: „Während der Hinrichtung ist deren Vornahme dem Publikum durch das Läuten einer Glocke in der Nähe des Richtplatzes, das nach Beendigung des vom Geistlichen mit dem Verurteilten zu verrichtenden Gebetes zu beginnen und so lange, bis das Haupt vom Rumpf getrennt ist, anzudauern hat, anzukündigen. Bei jedem Landgericht, an dessen Sitz Schwurgerichtsverhandlungen stattfinden, ist deshalb eine eigene Glocke von angemessener Stärke bereitzuhalten. Diese Glocke darf zu keinem anderen Zwecke verwendet werden und ist außer der Zeit, während der sie zu einem Hinrichtungsakte gebraucht wird, vom Gefängniswärter oder Verwalter zu verwahren."

# Lokales und Provinzielles.

**Halver**, den 30. April 1931.

—r **Landgemeinden und Volksschullasten.** Der Preußische Landgemeindetag West hatte beantragt, den notleidenden Landgemeinden durch eine Erhöhung des Fonds für Ergänzungszuschüsse für persönliche und sachliche Schulzwecke von 15% auf 20% des Gesamtbetrages des Beschulungsgeldes zu helfen. In der Sitzung am 25. März d. J. hat alsdann der Preußische Landtag eine Entschließung angenommen, durch die das Staatsministerium ersucht wird, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, die den Zweck haben soll, eine diesem Antrage entsprechende Verstärkung des Ergänzungszuschußfonds für leistungsschwache Schulverbände herbeizuführen. Da von dem Staatsministerium bisher leider jedoch keine Maßnahmen zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen sind, hat der Preußische Landgemeindetag West den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dringend gebeten, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diesem Entschließungsantrag des Landtages mit Wirkung vom 1. 4. d. J. ab Rechnung getragen wird, damit durch den Mehrbetrag an Ergänzungszuschüssen, der rund 14 Millionen RM betragen würde, wenigstens den leistungsschwächsten Schulverbänden geholfen werden kann.

## Halver

—!! **Lichtspiele Carlshöhe.** Samstag und Sonntag zu den gewohnten Spielzeiten. Als erstes das beste Filmlustspiel des Jahres **„O Mädchen, mein Mädchen, wie lieb ich dich"** nach dem Schlager aus Lehars Singspiel „Friederike". Die Besetzung, die ausschließlich aus Prominenten wie Harry Liedtke, Maria Paudler, Fritz Kampers, Truus van Alten und Hermann Picha besteht, das dankbare Thema und die großartige Regie Carl Boeses haben dem Film überall zu einem stürmischen Heiterkeitserfolg verholfen. Kleinstadt-Originale im Zerrspiegel grotesken Humors. Eine Komödie im Spitzweg-Milieu, ein Schwank mit einer Fülle der lustigsten Situationen. Anläßlich der Berliner Premiere schrieb die Presse: „Unmöglich aufzuzählen, was in diesem Film an guten Einfällen verwertet wurde. Das Publikum amüsierte sich ohne Uebertreibung königlich". Niemand sollte daher versäumen, sich dieses wirklich ausgezeichnete Lustspiel anzusehen. — Der zweite Film betitelt sich „Qualen der Schuld", 5 Akte aus dem Leben eines Gefangenen. Regie: Ray Taylor, in der Hauptrolle Blitz, der deutsche Schäferhund.

—== Die **N. S. D. A. P.** bittet um Aufnahme folgender Zeilen: Die für Montag, den 4. Mai angekündigte öffentliche Volksversammlung kann leider nicht stattfinden, da der Regierungspräsident von Arnsberg dem Reichstagsabgeordneten Jos. Wagner das Reden verboten hat. Zu der nunmehr stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung haben nur Parteigenossen mit Mitgliedskarte Zutritt.

## Schalksmühle

—x Die **Volmestraße** oberhalb der Hammerwerke der Firma F. W. Krägeloh, die zwar vor etlichen Jahren noch eine gründliche Aufbesserung erfuhr, hat namentlich im letzten Winter sehr erheblich gelitten und weist eine Unmenge Schlaglöcher auf, sodaß eine nomalige Ausbesserung und Teerung der Straße jetzt in Angriff genommen werden mußte. Die ganze Straße aufwärts sieht dieser Renovierung entgegen.

—:: Am Am Sonntag wird der Missionar der Brüdergemeinde, Herr Oberlein, eine Missionspredigt halten, im Kindergottesdienst erzählen und abends um 8 Uhr im Konfirmandensaal eine Missionsstunde halten. Dazu wird herzlich eingeladen.

## Kierspe

—r Dem Herrn Oberlandjäger Gregor zu Kierspe-Bhf. ist ein grau-brauner Schäferhund zugelaufen. Näheres ist zu erfahren bei der Ortspolizeibehörde Kierspe (Zimmer 2 des Amtshauses).

## Rönsahl

—c **Zeltlager in Rönsahl.** Ein frohes Leben und Treiben wird diesen Sommer in unserm romantischen Rönsahl herrschen. Zirka 80 Mitglieder im Alter von 12—14 Jahren der Jungschar des Chr. V. j. M. Velbert (Rhld.) werden im August Gäste der hiesigen Jungschar sein und ihre Zelte in unserer Gemeinde aufschlagen.

—:: Am Sonntag wird der Missionar der Brüder- dem Rentner Herrn Carl Haarhaus sen. zu Rönsahl vergönnt, in geistiger und körperlicher Frische seinen 79. Geburtstag zu begehen, wozu wir diesem allerseits beliebten alten Herrn unseren herzlichen Glückwunsch entbieten.

—c **Polterabend im Schulzimmer!?** An einem Abend dieser Woche gegen 10 Uhr wurde Herr Lehrer Sch. auf einen nicht alltäglichen Lärm im Klassenzimmer der hiesigen Schule aufmerksam. Sich nach der Ursache erkundigend, gewahrte er einen großen Schäferhund, der mit dem Kopf in dem runden Einwurfloch des Papierkastens festhing, wahrscheinlich hatte der Hund Butterbrote in dem Kasten gerochen, und versuchte, sich von diesem ungetümen Maulkorbe zu befreien, aber vergebens. In seiner Verzweiflung schlenkerte der Hund den Kasten hin und her, auf und ab, sodaß dabei die Tafel ausgehoben und der Landkartenständer umgeworfen wurden. Der Deckel des Papierkastens hatte sich auch geöffnet und flog das Papier umher. Da es Herrn Sch. allein nicht gelang das Tier zu befreien, mußte er sich Hilfe holen und gelang es dann mit vieler Mühe, dem Kasten seine Ruhe und dem Hund die Freiheit zurückzugeben. Letzterer stimmte ein Freudengebell an und sprang mit einem kühnen Satze durch das offene Fenster. So leicht wird unser Vierbeiner dieses Lokal nicht wieder betreten.

*

**Lüdenscheid.** Nachdem in der letzten Stadtverordnetenversammlung alle Steuern abgelehnt worden waren, hatte die Verwaltung den Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag von 475 000 RM der Regierung vorgelegt. Die Regierung sah davon ab, eine zwangsweise Deckung des Fehlbetrages zu veranlassen. Sie gab vielmehr im Interesse der Erhaltung der Selbstverwaltung dem Magistrat den Auftrag, seine Vorlage nochmals einzubringen. Das geschah gestern, und die vorhandene bürgerliche Mehrheit beschloß die Erhebung einer Bürgersteuer mit 100 Prozent Zuschlag zum Landessatze, die Einführung einer Schankerlaubnissteuer und die Verdoppelung der Gemeindebiersteuer. Dadurch sind voraussichtlich 218 000 RM des Fehlbetrages gedeckt. Man rechnet damit, daß der verbleibende Fehlbetrag durch die Neuverteilung der Wohlfahrtslasten getilgt wird.

**Herdecke.** Schwerer Unglücksfall. Dienstagnachmittag gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Baustelle der Firma Schäffer u. Co. hierselbst beim Kommunalen Elektrizitätswerk Mark ein schwerer Unglücksfall. Die Firma Schäffer führt die Vorarbeiten für die Errichtung eines neuen Turbinenhauses auf der Mark aus. Zwei Arbeiter, die bei der Montage eines Krahnes mit Nietarbeiten beschäftigt waren, stürzten infolge Bruches des Stützmastes

## Kampf um die Ehre.

**Die Schmachparagraphen von Versailles.**

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände macht Oberregierungsrat Dr. Ziegler folgende Ausführungen:

Es ist schon eine ziemliche Zeitspanne her, seit das deutsche Volk seine Sache in die Hand nahm zur Reinigung seines Namens von der Beschuldigung des Schmachparagraphen 231 des Versailler Vertrages. Bis zum letzten Moment hatte sich ja die deutsche Regierung zusammen mit der Nationalversammlung im Sommer 1919 dagegen gesträubt, die sogenannten Schmachparagraphen der Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher (227—230) und des sogenannten Kriegsschuldbekenntnisses (231) anzunehmen. Der brutalen Gewalt weichend hat sie am Schluß doch diese Demütigung annehmen müssen. Vielleicht wäre auch diese Wunde in der Seele des deutschen Volkes mit der Zeit vernarbt, aber der Übermut der Siegermächte ist selbst daran schuld, daß es zur sogenannten Revisionsbewegung gekommen ist. Denn die Gegner haben es sich nicht nehmen lassen, auch nach der Unterzeichnung immer wieder in diese Wunde Salz zu streuen und Deutschland durch Wiederholung der Kriegsschuldanklage vor der Welt zu brandmarken.

Das Faß zum Überlaufen hat ja wohl die bekannte Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George vom 3. März 1921 gebracht, als Lloyd George auf der Londoner Konferenz den deutschen Außenminister Dr. Simons barsch und diktatorisch anherrschte: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist, und wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört . . . Wir wünschen daher, ein- für allemal es ganz klar zu machen, daß die deutsche Verantwortung für den Krieg von den Alliierten als eine cause jugée behandelt werden muß." Das war auch dem sonst so geduldigen deutschen Volk zuviel, und so kam es, daß in diesen Märztagen des Jahres 1921 sich eine Reihe deutscher Politiker aus allen Lagern zusammentat, um die schon an verschiedenen Stellen in Fluß gekommenen Bestrebungen zur Aufklärung gegen den Artikel 231 in ein einheitliches Bett zu leiten und die moralische Offensive planmäßig aufzunehmen. Aus diesem Kreis heraus ist der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände entstanden, dessen Geburtstag der 30. April 1921 ist. Sein Ziel war vom ersten Augenblick an klar. Es war die überparteiliche Aufklärung des deutschen Volkes und des Auslandes über die wirklichen Ursachen des Weltkrieges und damit über die Unhaltbarkeit des Artikels 231.

Es ist in Deutschland keine Kleinigkeit, überparteiliche Arbeit zu leisten. Denn in keinem Volke sind die politischen Gegensätze wohl so scharf zugespitzt wie in dem Volke, dessen größte Tugend die Gründlichkeit ist. Aber diese Arbeit konnte nur überparteilich geleistet werden. Denn zunächst einmal kam es darauf an, das deutsche Volk selbst in eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Bezichtigung des Artikels 231 zu bringen. Das war in dieser Zeit nicht so einfach, wie es heute scheinen mag. Denn aus den verschiedensten Ecken tönten immer noch sektierische Selbstbezichtungen, die jede fruchtbringende und erfolgreiche Aufklärungsarbeit nach dem Auslande um ihren Erfolg bringen mußten. In jahrelanger, zum Teil mühseliger und behutsamer Arbeit ist es aber gelungen, auch in diese Winkel Licht zu bringen, so daß man allmählich diese Einheitsfront im Innern als hergestellt ansehen konnte. Gefördert wurde diese Entwicklung insbesondere durch die Veröffentlichung der Großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, deren erste Bände im Juni 1922 herauskamen. Diese Aktenpublikation hat das wichtigste wissenschaftliche Rüstzeug für die Überzeugung des gesamten deutschen Volkes und für die Offensive im Auslande geliefert. Denn sie hat gezeigt, daß das deutsche Volk das Licht der Öffentlichkeit in dieser Frage nicht zu scheuen brauchte. Nichts hat vielleicht überzeugender die Richtigkeit dieser Aktenpublikation bestätigt als die Tatsache, daß England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Rußland dem deutschen Volke auf diesem Wege haben folgen müssen. Auch sie haben in den letzten Jahren mit der Offenlegung ihrer Akten begonnen.

Am meisten aber hat ohne Zweifel der Ruhreinbruch der Franzosen die innere Empörung des deutschen Volkes gegen den Schmachparagraphen aufgestachelt. Und so ist gerade von dieser Zeit ein Strom geistiger Anregung ins Ausland gegangen. Dieser Ruhreinbruch war ja der große Anstoß, an das sittliche Gewissen der Welt zu appellieren. Auch wer überzeugt ist, daß die großen politischen Entscheidungen in der Geschichte nicht nur durch die Macht der Moral fallen, der wird ebenso wenig die Bedeutung der sittlichen Faktoren unterschätzen dürfen.

Es ist schwer, alle die Einzelheiten dieser planmäßigen Aufklärungsarbeit zu schildern. Mancherlei konkrete Leistungen werden auch bis auf weiteres noch internes Geheimnis der eigentlichen Eingeweihten bleiben müssen. Aber die Tatsache, daß heute, mindestens in den wissenschaftlichen Kreisen des Auslandes die Kriegsschuldthese des Artikels 231 als erledigt gilt und infolgedessen kein angesehener Wissenschaftler sie mehr zu vertreten wagt, ist ein positiver Erfolg, ein Fortschritt und ein Verdienst. Zum großen Teil geht dieser Fortschritt auf die Arbeit des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände zurück. Ihm ist es im wesentlichen zu verdanken, daß vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten, dem Zentrum der heutigen Weltpolitik, Bresche gelegt ist in das System der moralischen Verfemung des deutschen Volkes durch den Spruch der offiziellen Wissenschaft.

Ohne Zweifel ein Umschwung der Meinungen und Geister in der Welt! Aber der Kampf ist wohl noch nicht zu Ende. Denn in der großen Masse der Völker draußen haften immer noch Überbleibsel der Kriegsschuldpropaganda. Vor allem im französischen Volk sind wohl noch nicht die letzten Zweifel ausgeräumt. Der geistige Kampf, der auf der wissenschaftlichen Ebene zu einer Klärung geführt hat, wird in den Bezirken der Massen noch weitergehen und weitergehen müssen. Denn er greift, mindestens mittelbar, in andere große Lebenskämpfe des deutschen Volkes ein, die noch vor uns stehen. Der Kampf um die Revision der Tributlasten, der Kampf in der Abrüstungsfrage — alle diese Kämpfe sind begleitet von dem Ringen um die Köpfe und Seelen der Menschen. Man soll diese Dinge nicht unterschätzen. Jede Unterschätzung der psychologischen Faktoren hat sich in der inneren und in der äußeren Politik der Völker bisher bitter gerächt. So ist der Kampf um die Ehre des deutschen Volkes, der hier ein Jahrzehnt hindurch mit den Waffen des Rechts und der Wahrheit geführt worden ist, zugleich auch ein Kampf um die Freiheit und die Erneuerung der Weltgeltung des deutschen Volkes.

## Presse-Konferenz beim Elektrizitätswerk „Mark"

**in Hagen am Dienstag, den 28. April 1931.**

Das Kommunale Elektrizitätswerk „Mark" hatte für Dienstag nachmittag die Herren Pressevertreter ihres Bezirks zu einer Besichtigung des Cuno-Werkes in Herdecke eingeladen. Ca. 20 Herren und einige Damen hatten der Einladung Folge geleistet. Die auswärtigen Gäste wurden am Bahnhof begrüßt und zu den bereitstehenden Wagen geleitet und zum Verwaltungsgebäude der Mark gebracht. Im Konferenzsaal des Verwaltungsgebäudes wurden die Gäste vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Oberbürgermeister Dr. Raabe mit freundlichen Worten begrüßt und mit der Entstehung und dem Werdegang des Kommunalen Werkes bekannt gemacht.

Ueber die Strompreise der Elektromark berichtete Herr Direktor Koetter:

„Die Elektrizität ist zu teuer"

ist subjektives Empfinden des Laien geworden, das auf stets wiederholten Behauptungen beruht. Eine sachliche Prüfung führt zu anderen Ergebnissen.

Jedermann hat eine Vorstellung von 1 cbm Gas, 1 cbm Wasser oder 1 kg irgendeiner Ware, die bezahlt werden muß; wie dagegen die elektrische Verkaufseinheit, die Kilowattstunde, zu bewerten ist, kann er sich nicht vorstellen. Wenigen nur ist bekannt, daß man

mit 1 KWStd. ca. 30 Stunden eine 50 kerzige
oder ca. 60 Stunden eine 25kerzige Glühbirne

speisen kann, die Brennstunde also 1,4 bezw. 0,7 Pfg. kostet.

Zurzeit der Petroleumlampe hatte kein Mensch das Empfinden, sie sei zu teuer. Eine kleine Petroleum-Tisch- oder Wandlampe liefert ca. 8 Kerzenstärken und verbraucht im Jahre ca. 90 Liter Petroleum. 90 Liter Petroleum kosteten vor dem Kriege ca. 18.— jetzt 36.— RM. Eine 32kerzige Glühlampe dagegen kostete nach dem Mark-Tarif gleiche Brennstunden vorausgesetzt, vor dem Kriege jährlich ca. 20.— RM, jetzt ca. 16 RM. Obgleich die Lichtmenge der elektrischen Lampe 4 mal so groß und die Kosten hierfür jetzt weniger als die Hälfte gegenüber Petroleumbeleuchtung betragen, heißt es überall „das elektrische Licht ist zu teuer."

Der **Elektromotor** hat Gasmotor, Dampfmaschine etc. in den Fabriken, in Handwerk und Gewerbebetrieben und Landwirtschaft vollkommen verdrängt, nicht deshalb, weil er bequemer, sondern weil er billiger ist. Obwohl in 95 Proz. der von uns belieferten Betriebe die anteiligen Kosten für die Stromausgabe geringer sind als 3% des Jahresumsatzes, sagt man „der Kraftstrom ist noch zu teuer."

Würde Mark ihre Strompreise um 10% herabsenken, so würde dieses für vorstehende Kraftabnehmer eine Verbilligung von 3 Zehntel Proz. ihres Umsatzes bedeuten, für Mark aber zur Folge haben, daß den Aktionär-Gemeinden keine Dividende gezahlt werden könnte.

Die Spanne zwischen den vielfach genannten Gestehungspreisen und dem 40 Pfg.-Verkaufspreis ist in der Presse vielfach erörtert. Als Aufklärung sei folgendes mitgeteilt:

Zu den Kosten der Erzeugung oder des Bezuges sind die Kapital- und Betriebskosten der Umspannwerke und der Verteilungsleitungen hinzuzurechnen und zwar, da Mark eine einheitliche Preisstellung im ganzen Versorgungsgebiet also bis zum letzten Abnehmer, der 60 km vom Kraftwerk entfernt liegt, hat, auch für die nahe dem Kraftwerk liegenden Abnehmer. Für Lichtabnehmer, die ja im Jahr nur etwa 400 Stunden ihre Anlage ausnützen, beträgt der Zuschlag zu den Erzeugungskosten 20—25 Pfg.

Im **Vergleich zu anderen Werken gilt** bezüglich der **Großabnehmer-Tarife** folgendes: Fast alle Werke verkaufen zu Stromgrundpreisen, die nach der Verbrauchsmenge gestaffelt sind und zwischen 12 und 5 Pfg. je KWStd. liegen. Nachtstrompreise sind 20—50% billiger. Je nach der Benutzungszeit werden auf die Grundpreise verschieden hohe Rabattsätze 5—46% gewährt. In allen Tarifen ist eine Kohlenklausel enthalten, die bei den Werken verschieden ist. Bei einem Vergleich der Strompreise der Werke untereinander sind also 8 verschiedene Faktoren für die Ausrechnung der Endpreise zu berücksichtigen und das Ergebnis ist nur dann sachlich richtig, wenn für bestimmte Abnahme-Verhältnisse die Durchrechnung mit den 8 verschiedenen Faktoren der zu vergleichenden Werke durchgeführt ist. Die gezeigten Lichtblider ergaben, daß Mark für eine große Zahl von Abnehmern billigere Preise hat, daß es aber auch Fälle gibt, wo die Verhältnisse umgekehrt liegen. Mit der Vorkriegszeit verglichen liegen die Durchschnittspreise für unsere Industrie um 1,7% niedriger als im letzten Vorkriegsjahr, obgleich die Kohlenpreise 42% und wichtige Ersatzteile, wie Rostglieder und feuerfestes Material 38 bezw. 72%, die Löhne 96%, die Zinsen 100% höher sind als 1914.

Bei den **Kleinabnehmer-Tarifen** bestehen in den Lieferwerken größere Unterschiede. Mark berechnet für die kleinsten Abnehmer 42 Pfg. je KWStd. ohne Zählergebühr. Ein großes Nachbarwerk läßt sich für Licht 38⅓ mit, bezw. 33⅓ Pfg. ohne Finanzaufschlag, ein anderes Werk 40—26 Pfg., nach der Menge gestaffelt, bezahlen; beide berechnen daneben aber eine Zählergebühr von 50 Pfg. bis 4 RM monatlich. Eine Zählergebühr von 50 Pfg. monatlich verteuert die KWStd. bei einer Entnahme von 10 KWStd. monatlich um je 5 Pfg., bei 5 KWStd. um 10 Pfg., und bei 2 KWStd. um 25 Pfg. Wenn 38½ Pfg. für die KWStd. berechnet werden, unter Hinzuziehung der Zählergebühr, so kostet die KWStd. in den drei genannten Fällen 43,3 Pfg., 48,5 Pfg. und 63,3 Pfg. In der Mark dagegen kostet sie stets 42 Pfg. Da nun 60—70% der 43000 Abnehmer der Mark im Durchschnitt weniger als 10 KWStd. monatlich gebrauchen, genießen die kleinen und kleinsten Abnehmer diese vorteilhaften Strompreise.

**Der Haushalt-Tarif** bietet den Kleinabnehmern bei Steigerung über den bisherigen Verbrauch, durch Benutzung von Hausgeräten, wie Bügeleisen, Staubsauger, elektr. Waschmaschinen ermäßigte Preise. An verschiedenen Lichtbildern wurde gezeigt, daß Strompreise bis 20 Pfg. auch von den kleinsten Abnehmern erreicht werden.

Wenn der Haushalt-Tarif ursprünglich nur für reinen Haushalt-Verbrauch vorgesehen war, so gewährt Mark diesen darüber hinaus für Landwirtschaft und Kleingewerbe.

Ueber die neuen Koch-Tarife, den erweiterten Haushalt-Koch-Tarif und den Kleinkraft-Tarif wird Aufklärung durch Vorträge in Hagen und in den anderen Aktionärgemeinden gegeben; wir hoffen auf zahlreichen Besuch solcher Veranstaltungen, welche dem Interesse der Abnehmer dienen und geeignet sind, Mißverständnisse zu beseitigen.

Anschließend hielt Direktor Kollboom, der verdienstvolle technische Leiter der „Mark" einen instruktiven Lichtbildervortrag über die Entwicklung des kommunalen Kraftwerkes. An Hand zahlreicher Konstruktionspläne und Zeichnungen erläuterte der Vortragende insbesondere die Entwicklung der Wärmetechnik, deren Aufgabe es ist, mit einem Mindestverbrauch an Wärmeeinheiten ein Höchstmaß von Licht- und Kraftstrom zu erzeugen.

Interessant waren die Ausführungen über die vielfachen Versuche zur rationelleren Ausbeutung der Kohle, die schließlich zu einem neuartigen Kohlenstaubverfeuerungsverfahren geführt haben. Nach diesem Prinzip sind s. Zt. die Anlagen im Herdecker Cunowerk ausgeführt worden, das heute nach dem Urteil vieler Fachleute des In- und Auslandes zu den wirtschaftlich am günstigen arbeitenden Wärmekraftwerken Europas zählt.

Im Anschluß an den Vortrag erfolgte die Besichtigung der Anlagen in Herdecke. Unter Führung der Direktoren wurde in mehreren Gruppen ein Rundgang durch die gewaltigen und ausgedehnten Werksanlagen unternommen und dabei die maschinellen und automatischen Einrichtungen nochmals im besonderen erläutert. Alle Teilnehmer waren erstaunt von den gewaltigen und aufs modernste eingerichteten Maschinen, Turbinen, Generatoren usw. Der Eindruck dieser Anlage war zu gewaltig, als daß man in der Kürze der Zeit, obwohl die Besichtigung über 2 Stunden in Anspruch nahm, alles so schnell hätte fassen können. Abends waren die Teilnehmer Gäste der Mark im Ratskeller. Generaldirektor Dr. Jokusch, der frühere Oberbürgermeister von Lüdenscheid, dankte den Gästen für das rege Interesse, das sie heute nachmittag den Anlagen des Werkes entgegengebracht hätten. Im besonderen machte er dann einige Ausführungen über den in der Presse erschienenen Artikel „Zur Finanz- und Tarifpolitik des Kommunalen Elektrizitätswerkes „Mark" in Hagen". Am heutigen Nachmittag sei den Gästen an Hand der Tabellen und Lichtbilder der Werdegang des Werkes vor Augen geführt worden. Die Erzeugung der elektrischen Energie sei in den 25 Jahren seit Bestehen des Werkes um ein Gewaltiges gestiegen. Die ersten Einrichtungen seien längst überholt und durch praktische und gewinnbringendere ersetzt worden. Die kaufmännische und finanzielle Seite sei in vorsorglicher Weise geleitet worden. Um die Kreditfähigkeit des Werkes zu erhalten, habe es seine Wirtschaft so einzustellen, daß das Werk auch einen Gewinn erziele und seinen Aktionären Dividende erteile. Im übrigen könne dieser Artikel der Presse nicht unwidersprochen bleiben, da er in manchen Teilen nicht ganz stimme. Es sei heute nachmittag auch erwiesen worden, daß Mark nicht immer die billigste sei; aber größtenteils billiger wie alle anderen Werke.

Der Senior der Journalisten, Herr Bartsch, dankte in humorvollen Worten der Mark für die Einladung und für die anerkennende Führung bei der Besichtigung des Cunowerkes. In angenehmer Unterhaltung gingen die Stunden des Beisammenseins schnell vorüber und die Zeit mahnte zur Heimreise.

## Polizei und „Unterwelt".

**Leben und Treiben im Ringverein.**

Der Berliner Polizeipräsident sprach kürzlich über „Die Berliner Unterwelt". Er ging von dem bekannten Vorfall aus, der sich vor einigen Tagen in der Cuvrystraße in Berlin ereignete, wo ein früheres Mitglied des Ringvereins „Hand in Hand" von einer Anzahl seiner früheren Vereinsgenossen in seiner Wohnung überfallen wurde. Die Berliner Presse hat, so führte Grzesinski aus, den Schilderungen über diesen Vorfall einen breiten Raum gegeben und sie mit sensationellen Überschriften versehen. In ihren Schilderungen hat die Presse zum Teil einen Vergleich mit den Zuständen in der Unterwelt in Chikago gezogen. Daß dieser Vergleich nicht zutrifft, zeigt die Geschichte der Ringvereine. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schlossen sich dunkle Existenzen zu Vereinen zusammen, um sich vor der Verfolgung durch die Polizei zu schützen, ferner sich günstige Zeugenaussagen bei Gerichtsverhandlungen gegen Vereinsmitglieder zu beschaffen und aus Strafanstalten entlassene Mitglieder zu unterstützen. Damit die Behörden von dem Zweck dieser „Wohlfahrtseinrichtung" nichts gewahr wurden, belegten man die Vereine mit möglichst harmlosen Namen, wie „Glaube, Liebe, Hoffnung, Immertreu, Geselligkeit, Hand in Hand" usw. Um die Harmlosigkeit nach außen hin noch weiter darzutun, wurden dann auch unbescholtene Personen, wie kleine Gewerbetreibende, Gastwirte und Kellner, ja auch Geschäftsführer großer Vergnügungsetablissements in die Vereine aufgenommen. Der Beitritt dieser Mitglieder geschah lediglich aus dem Grunde, um gegen Ausschreitungen und Übergriffe der weniger harmlosen Mitglieder geschützt zu sein. Das Vermögen der Vereine stammt hauptsächlich aus ziemlich hohen Beiträgen und auch aus den Reingewinnen der zahlreichen Vergnügungen, die diese Vereine veranstalten. Diese Vergnügungen haben einen durchweg gut bürgerlichen Anstrich, so ist z. B. für die männlichen Besucher der Gesellschaftsanzug und für die Damen (?) die große Abendtoilette vorgeschrieben. Die Vereinsstatuten verleihen dem Vorsitzenden fast unumschränkte Rechte. Der Vorsitzende verlangt von allen Mitgliedern bedingungslosen Gehorsam, der auch selten verweigert wird. Mit Streitigkeiten unter den Mitgliedern werden niemals die Polizei und die Gerichte behelligt, sondern sie werden von besonderen Kommissionen geschlichtet oder abgeurteilt, wobei nicht selten die Prügelstrafe verhängt wird. Interessant ist noch, daß z. B. Streitigkeiten oder Ausschreitungen von Mitgliedern bei den Vergnügungen an Ort und Stelle von einer Art Saalpolizei „geschlichtet" werden. In Berlin bestehen zurzeit etwa 50 solcher Vereine mit zusammen etwa 2500 Mitgliedern. Diese Vereine sind in den Verbänden „Ring Groß-Berlin", der seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts besteht, und dem 1926 gegründeten „Freien Verband" zusammengeschlossen. Außerdem gibt es noch einige verbandsfreie Vereine. Auch in Leipzig, Dresden, Hannover, Braunschweig und verschiedenen anderen Städten gibt es derartige Ringvereine, die wieder untereinander in Verbänden zusammengeschlossen sind. Die Bewegung ist also interlokal, jedoch gibt es keine Zentralstelle für Deutschland, ebenso wenig wie ein internationaler Zusammenhang besteht. Die Verbände sind logenartig aufgemacht, ihre Mitglieder nennen sich „Brüder" und „Schwestern". In krimineller Hinsicht sind

aus ziemlicher Höhe ab und erlitten dabei schwere Verletzungen und innere Quetschungen. Die Namen der Verletzten sind Heinrich Lohrbach aus Duisburg und Karl Eibenstein aus Hagen. Der schnell hinzugerufene Arzt Dr. Reuter nahm die Behandlung der beiden Verletzten auf und sorgte für ihre Unterbringung im Marienhospital in Hagen. Wie wir weiter erfahren ist der bei dem Unfall schwer verletzte Karl Eibenstein aus Hagen inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

**Dorsten. Mißbrauch der Erwerbslosenunterstützung.** Zwei Landwirtssöhne aus Lembeck, die bei dem Abbau auf Baldur ihre Arbeitsstelle verloren hatten, hatten, um Erwerbslosenunterstützung beziehen zu können, falsche Angaben über den Grundbesitz ihrer Eltern gemacht. Einer hatte noch dazu erklärt, daß er überhaupt nicht bei seinen Eltern wohne. Als sie bereits 24 Wochen lang ihre Unterstützung bezogen hatten, kam das Arbeitsamt bei der Nachprüfung der persönlichen Verhältnisse der beiden hinter den Betrug, so daß beide sich vor dem Dorstener Amtsgericht zu verantworten hatten. Der zu Unrecht bezogene Unterstützungsbetrag belief sich bei beiden zusammen auf 570 RM. Die beiden Schädiger der Allgemeinheit versuchten zwar vor Gericht, Unkenntnis über die Vermögensverhältnisse ihrer Eltern vorzutäuschen. Indessen kam das Gericht zur Auffassung, daß es genau so belogen werden sollte, wie vorher das Arbeitsamt. Infolgedessen wurde der ältere Bruder zu 4 Monaten und der jüngere zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Lediglich ihrer bisherigen Unbescholtenheit haben die beiden es zu verdanken, daß nach Verbüßung der Hälfte der Strafe eine Bewährungsfrist eintritt.

**Mülheim.** Hier ereignete sich in einem Bäckereibetriebe ein schwerer Betriebsunfall. Ein Lehrling schnitt sich beim Schneiden von Schwarzbrot vier Finger der rechten Hand ab. Die Schuld trifft anscheinend den Lehrling, weil er nicht, wie es Vorschrift ist, die Maschine vorher abstellte, bevor er das Brot abnahm.

# Zur Finanz- und Tarifpolitik des Kommunalen Elektrizitätswerkes „Mark" Hagen.

**Iserlohn.** Von industrieller Seite wird geschrieben: In der Generalversammlung des KEW. „Mark" hat der Vorstand Darlegungen über die Lage und die Aufgaben des Werkes, insbesondere über die Finanz- und Tarifpolitik gemacht, die auch Eingang in die Presse des Versorgungsbezirks gefunden haben. Zweck dieser Ausführungen war offenbar, der Oeffentlichkeit klar zu machen, warum „Mark" die stürmische Forderung der Abnehmerschaft, sich dem allgemeinen Preisabbau durch eine generelle Senkung der Strompreise anzuschließen, bisher abgelehnt hat. Die Gründe der „Mark" sind jedoch zum großen Teil nicht stichhaltig, und können daher nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Wenn die Verwaltung der „Mark" eingangs ihrer Ausführungen betont, daß „es den größten Wert darauf lege, im Einverständnis mit den Aktionären zu handeln", so liegt darin der Schlüssel zu der ablehnenden Haltung der „Mark" gegenüber der Forderung ihrer industriellen Abnehmerschaft begründet. Die Aktionäre der „Mark" sind fast ausschließlich Kommunen. Sie brauchen Geld für ihre kommunalen Aufgaben und daher eine hohe Dividende. Die Abnehmerschaft aber will billigeren Strom für ihre Produktion und glaubt mit Recht, diese Preisverbilligung heute selbst auf Kosten einer hohen Dividende für die Kommunen-Aktionäre beanspruchen zu können. Reine Kommunal-Interessen werden, wenn die Kommunen auch an dem Gedeihen ihrer Wirtschaft interessiert sind, dennoch stets andere sein als die der stromverbrauchenden Industrie, die der lebensnotwendigste Kunde der Elektrizitätswerke ist.

Wenn für die Verwaltung der „Mark" der Rückgang des Stromabsatzes von 17,83 Proz. im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre einen Maßstab für den Grad der tatsächlichen Betriebseinschränkungen und der Notlage der ganzen Industrie bedeutet, so liegt darin ein großer Irrtum. Die Gesamtlage der Industrie hat sich 1930 um ein Vielfaches verschlechtert. „Mark" hat mit 17,83 Proz. Absatzrückgang im Verhältnis zum größten Teil ihrer Verbraucherschaft nur sehr wenig gelitten.

Wenn infolge der vertraglich festgelegten Auswirkung der Kohlenklausel die Preisermäßigung des Stromes für industrielle Großabnehmer einen dreimal so hohen Betrag ergibt, wie die Preisermäßigung der Kohle für die „Mark", so hat „Mark" logischerweise bei der Kohlenpreissenkung am 1. Mai 1928 einen viereinhalb mal zu großen Preisvorteil gewonnen, als er durch die reine Kohlenverteuerung bedingt war. Denn bis zum 30. April 1928 war der Multiplikator 7, vom 1. Mai 1928 ab stieg er auf 10. Niemand wird behaupten wollen, daß die übrigen preisbildenden Faktoren bei „Mark" in demselben Ausmaß damals gestiegen sind. Also muß in der tariflich bindenden Kohlenklausel ein sehr erheblich versteckter Reingewinn für „Mark" liegen.

Völlig unhaltbar ist der Vergleich mit der Vorkriegszeit. Die Verwaltung hat hier bei der Gegenüberstellung der Vorkriegszahlen ganz einseitig nur diejenigen Faktoren herausgegriffen, die sich seit 1914 strompreisverteuernd ausgewirkt haben. Bei der Aufstellung fehlt das bei den Eltwerken besonders wichtige Kupfer, dessen Preis weit unter den Vorkriegspreis gesunken ist. Es fehlen vollkommen die Betriebsverbesserungen und Rationalisierungsmaßnahmen, die zu einer wesentlichen Herabsetzung der Gestehungskosten geführt haben; z. B. verbesserte Kessel- und Maschinenleistungen, Herabsetzung des Kohlenverbrauchs zur Erzeugung einer Kilowattstunde, wahrscheinlich etwa die Hälfte des Vorkriegswertes; Verwendung minderwertiger und daher billigerer Kohlensorten. Daneben hat die Verwaltung zweifellos eine billigere Büroorganisation gegenüber der Vorkriegszeit durch Einführung von Rechenmaschinen, Büromaschinen usw. bei demgegenüber wesentlich höherem Stromabsatz.

Während 1914 rund 60 Millionen Kwh verkauft wurden, erreichte die „Mark" 1930 einen Verkauf von rund 190 Millionen Kwh. Diese gewaltige Steigerung des Stromkonsums muß Hand in Hand mit der höheren Benutzungsdauer des zentralen Maximums zu einer nicht unerheblichen Senkung der Erzeugungskosten führen. Hinzu kommt neuerdings die starke Nachtstromentnahme durch Schmelz- und Glühöfen, die eine gleichmäßigere Maschinenausnutzung gewährleistet und damit ebenfalls zu einer Verbilligung der Gestehungskosten führt.

Andererseits ist der Verlust im Verteilungsnetz seit der Vorkriegszeit wesentlich geringer geworden.

1912: Bei 56 Millionen erzeugten Kwh ein Verlust von 8 Millionen Kwh, gleich 14%; 1913: Bei 70 Millionen Kwh ein Verlust von 7 Millionen, gleich 10%. Im Durchschnitt 12%. 1930: Bei 211 Millionen Kwh ein Verlust von 15,9 Millionen Kwh, gleich 7,5%.

Das macht gegenüber der Vorkriegszeit eine Verminderung des Verlustes von 5%. 5% von 211 Kwh gleich 10,5 Millionen Kwh. Nach Unterlagen eines mit dem KEW. „Mark" gut vergleichbaren Werkes betragen die Gestehungskosten von 1 Kwh etwa 2,77 Pfg. Unter Zugrundelegung dieser Zahl ergibt sich in Geld ausgedrückt bei „Mark" eine Ersparnis durch Verringerung des Leitungsverlustes von ca. 200 000 RM.

Die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930 weist zwar gegenüber der vom 31. Dez. 1929 eine Mindereinnahme von 2,3 Millionen RM aus. Dieser Posten findet sich bei einem näheren Vergleich der Bilanzzahlen von 1929 und 1930 zum größten Teil aber in versteckter Form in anderen Posten wieder:

| | 1929 | 1930 |
|---|---|---|
| Beteiligung und Wertpapiere | 670 000 | 732 000 |
| | | plus 62 000 RM |
| Darleh., Hypoth. u. Depositen | 2 763 000 | 3 565 000 |
| | | plus 800 000 RM |
| Aufwertungsausgleichskonto | 450 000 | plus 450 000 RM |
| Reservefonds | 1,2 Mill. | 1,3 Mill. |
| | | plus 100 000 RM |
| Gläubiger 1 und 2 | 4,7 Mill. | 4,2 Mill. |
| | | plus 500 000 RM |
| | | Summa 1 912 000 RM |

Die Verwaltung hebt hervor, daß sie durch bedeutende „Notrabatte" der industriellen Abnehmerschaft besonders entgegengekommen sei. Diesen Notrabatt genießen aber nur verhältnismäßig geringe Abnehmer. Die größte Mehrzahl hat davon keinen Vorteil. Auch das angebliche Entgegenkommen durch Einführung eines Kochstrom- und Haushaltstarifs erscheint in einem anderen Licht, wenn man berücksichtigt, daß diese Vergünstigungen in den meisten Fällen nur dann eintreten, wenn eine über den normalen Verbrauch gesteigerte Abnahme erfolgt.

Der Vergleich mit Nachbarwerken hinkt vollkommen. Die Verwaltung des RWE. z. B. bestreitet entschieden, daß die Strompreise der „Mark" billiger seien als die eigenen. An der Hand von Tabellen und Kurven hat das RWE. noch letzthin seinen Abnehmern in den Grenzgebieten der „Mark" nachzuweisen versucht, daß das RWE. in allen Abnahmegrößen billiger ist, als „Mark". Wie „Mark" demgegenüber behaupten kann, daß es in 60 bezw. 75 Proz. aller Fälle billigere Tarife habe als die größten Nachbarwerke, ist unerfindlich und bedürfe dringend der Aufklärung.

In dem Bericht der Verwaltung vermißt man jede Erklärung dafür, daß die Verwaltungskosten 1930 ungefähr die gleiche Höhe behalten haben wie 1929. Die Stromabnehmerschaft steht auf dem Standpunkt, daß hier noch erhebliche Ersparnisse zu erzielen sind.

Alles in allem ist die heutige finanzielle Lage der „Mark" gegenüber den Vorjahren durchaus nicht ungünstig und gestattet nach Ansicht der Abnehmerschaft auch heute noch eine wirksame allgemeine Herabsetzung der Strompreise.

Die Industrie muß daher mit allem Nachdruck fordern, daß der 10prozentige Zuschlag, den die Abnehmerschaft der „Mark" vor drei Jahren bewilligt hat, nun endlich vollkommen abgebaut wird. Die industrielle Stromabnehmerschaft muß fordern, daß der für die ersten 3 Monate gewährte Notrabatt auch über den 1. April hinaus bestehen bleibt; daß bei Rückgang der Stromabnahme infolge ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse als besondere Notmaßnahme die Grundpreise und der Rabattsatz der normalen Abnahme bestehen bleibt, und daß vor allem die Rabatte für den Nachtstrom wie in den früheren Tarifen auch auf die Tagesstromentnahme gewährt wird. Erst wenn diese Forderungen erfüllt sind, wird die Industrie diejenige Entlastung ihres Stromkostenkontos erhalten, welche sie bei der heutigen Wirtschaftslage zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit nötig hat.

Es mag sein, daß bei Verwirklichung dieser Forderungen die Dividende für die Aktionäre vorübergehend eine Minderung erfahren muß. Dieses Opfer aber müssen auch die Kommunen-Aktionäre im Interesse ihrer Wirtschaft bringen. Es ist immer noch weit geringer, als wenn die Betriebe durch zu hohe Gestehungskosten zur Schließung ihrer Arbeitsstätten gezwungen werden, und damit wieder die Zahl der Erwerbslosen vermehren. „Mark" verliert dann nicht nur einen Kunden, sondern die Kommunen-Aktionäre eine wichtige Gewerbesteuerquelle und tauscht dafür erhebliche Belastungen des Wohlfahrtsetats ein. Das sollten sich auch die kommunalen Aufsichtsräte bei „Mark" einmal klar machen.

# Schlußdienst.

## Vermischte Nachrichten vom 29 April.

**Dr. Schacht und die Reparationsfrage.**

**Berlin.** Das Reichsarchiv hat sich entschlossen, eine wissenschaftliche Untersuchung der geschichtlichen Vorgänge bei den Pariser und Haager Reparationskonferenzen vor einem unabhängigen Sachverständigen-Gremium stattfinden zu lassen und hat hierzu den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht eingeladen. Das Reichsarchiv hatte bekanntlich vor kurzem eine Untersuchung veröffentlicht, die sich gegen die Darstellung der Vorgänge in Paris und im Haag durch Dr. Schacht in dessen Buch „Das Ende der Reparationen" wandte.

**Dr. Göbbels zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.**

**Berlin.** Die Zweite Große Strafkammer beim Landgericht III verurteilte in der Berufungsverhandlung Dr. Göbbels unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wegen Beleidigung der Reichsregierung zu einer Geldstrafe von 1000 Mark oder 50 Tagen Gefängnis. Es handelte sich um einen Artikel vom Dezember 1929 im Angriff, in dem Mitglieder der Reichsregierung „Landesverräter am Volk" „bezahlte Büttel der Weltfinanz" usw genannt worden waren. Der Staatsanwalt hatte gegen Dr. Göbbels sechs Monate Gefängnis beantragt.

**Dr. Renner, Präsident des Österreichischen Nationalrates.**

**Wien.** Im Nationalrat wurde der frühere Staatskanzler Dr. Renner, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, im zweiten Wahlgang zum Präsidenten des Hauses gewählt. Der neugewählte Präsident hielt nach Übernahme seines Amtes eine Ansprache. Er erklärt u. a., daß die Friedensverträge als höhere Gewalt an den gegenwärtigen Verhältnissen Schuld trügen. „Vereinen Sie sich," so fuhr er fort, „um die höhere Gewalt zu überwinden. Österreich und Deutschland haben den ersten Schritt getan, um einen Weg ins Freie zu finden. Ich grüße in meinem und wohl in Ihrer aller Namen unser großes Muttervolk."

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

## Gemeinde Hülscheid.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 23. ds. Mts. wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die für die Gemeinde Hülscheid erlassene **Biersteuer-Ordnung** vom 15. 4. 1930, und 29. 11. 1930 wie folgt geändert:

1.) § 2 erhält folgende Fassung:

§ 2.

Die Steuer beträgt bei

| | |
|---|---|
| Einfachbier | 5,00 RM. |
| Schankbier | 7,50 RM |
| Vollbier | 10,00 RM. |
| Starkbier | 15,00 RM. |

für je 1 Hektoliter.

2.) Dieser Nachtrag tritt mit dem ersten Mai ds. Jhrs. in Kraft.

**Lüdenscheid,** den 29. April 1931.

**Der Gemeindevorstand.**


**Verein. Turn- u. Spielvereine e. V. Halver.**

**Samstag, d. 2. d. Mts.** abends 7,30 Uhr findet **in der Turnhalle** zu Ehren des 50-jährigen Turnerjubiläums unseres Ehrenvorsitzenden Albert Backhaus ein gemeinschaftlicher

**Turnabend**

verbunden mit einer

**schlichten Feier**

statt. Wir laden hierzu sämtliche Mitglieder ein und erwarten im Hinblick auf die besondere Bedeutung dieses Tages vollzähliges Erscheinen.

In Rücksicht auf auswärtige Gäste muß die Veranstaltung punkt 7,30 Uhr beginnen.

**Der Turnrat.**

Schöne

**2-Zimmer-Wohnung**

mit allen Bequemlichkeiten für sofort in Halver

**zu vermieten.**

Schriftl. Angeb. erbeten unter **B 377** an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.

Stelle am **Donnerstag mittag,** den **30. 4.** 40 Stück

**Sauerl. Weidevieh**



**zum Verkauf aus.**

**Ed. Bösinghaus,**

**Brügge.** Ruf 2789.

**Lichtspiele Carlshöhe.**

**Samstag, den 2. Mai abends 8 Uhr Sonntag ab 5 und 8 Uhr**




**Qualen der Schuld**

5 Akte aus dem Leben eines Gefangenen
Regie: Ray Taylor.
In der Hauptrolle „Blitz" der deutsche Schäferhund,

**Lustige Einlage.**


## Bekanntmachung.

**Amt Kierspe.**

Die **Kreishundesteuerhebelisten der Gemeinden Kierspe und Rönsahl** für das Steuerjahr 1931 liegen vom **1. Mai bis 15. Mai 1931** vormittags von 7,30 Uhr bis 12,30 Uhr zur Einsichtnahme der Beteiligten offen und zwar'

a) für die Gemeinde Kierspe im **Amtshaus Zimmer 3,**
b) für die Gemeinde Rönsahl bei dem **Gemeindevorsteher Buchholz in Rönsahl.**

**Kierspe,** den 29. April 1931.

**Der Bürgermeister.**


**Krumme Schweine ausgeschlossen!**

**Geben Sie Kraftin!**

Jedes Tier in 8 Tagen gesund. Doppelte Gewichtszunahme! Beugt Schweinekrampf vor. Tausende Anerkennungen. Täglich 6 Eßlöffel ins Futter. Originalflasche **Mk. 2.—** Niemals lose.

**Alleinverkauf für Kierspe / Westf.:**

**Drogerie Carl Baukloh, Kierspe-Bahnhof,**

Fernruf 572 Meinerzhagen.


# Westdeutscher Rundfunk.

**Freitag, den 1. Mai.**

6,45—7,00 Leibesübungen: Dr. Ludwig Bach
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Frühvorhersage und Zeitangabe.

10,15—11,15 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
10,30 Unterbrechung des Schallplattenkonzertes durch: Erste Meldungen, amtliche Wasserstandsmeldungen und Zeitangabe
11,20—12,00 Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Französische Unterhaltung.
12,10 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten: „Die Stimme seines Herrn").
12,50 Wetterbericht.
12.55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,00 Bekanntgabe der Zeit für die Nachmittagsübertragung aus Düsseldorf:

**Davispokal-Vorrunde Deutschland—Südafrika,**

Sprecher: Dr. Ernst — H. Schmidt.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung Eysoldt. Solist: Pensis (Violine).
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholung), Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen.
15,50—16,20 Kinderstunde. Els Vordemberge: Der Mai ist gekommen.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Frida Hummel: Das Schatzkästlein der Kaiserin, eine Legende von Selma Lagerlöf. 2. Walter Vollmer: Wir halten und pflegen Stubenvögel (3). Züchtung und Brutpflege.
17,00—18,00 Vesperkonzert, Leitung Eysoldt. Tonfilm- und andere Schlager.
18,00—18,20 Der junge Mensch. Reichstagsabgeordneter Wilhelm Sollmann: Jugend und Staat.
18,20—18,40 Die Welt im Buch. Walter Glzewski: Gedanken zur Zeit. Richard von Schaukel: „Gedanken". — Der Denker Paul Ernst. — Alfred Döblin: „Wissen und Verändern". — Bertrand Russell: „Wissen und Wahn".
18,40—19,00 Englische Unterhaltung. Lektor Dr. C. Bennett. — Lektorin A. Rüschkamp-Whitehead.
19,00—19,50 Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin:

**Feierstunde „Vorwärts, hinan".**

Veranstaltet vom Sozialistischen Kulturbund.

19,50—20,05 Erste Abendmeldungen.
20,05 **Maikonzert.**

Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung: Wolf.
23,00—24,00 Konzertübertragung von den Rheinterrassen Rodenkirchen, Kapelle: Herry Head.




# ALSBERG-HAUS

## ein Festmonat für Groß-Hagen u. Umkreis

**1. ein Festmonat für Gr.-Hagen**
mit dem das Alsberg-Haus seit Jahrzehnten verbunden ist

**2. ein Festmonat für Alle an der Volme, Ruhr, Ennepe u. Lenne**
die mit ihrem Heimatkaufhaus das freudige Jubiläum mitfeiern

**3. ein Festmonat für Alsberg**
der mit Freude und Stolz auf das Wachsen und Gedeihen des heute zwanzigjährigen Hauses zurückblickt und hiermit im

**Jubiläums-Verkauf**
seinen Dank für jahrzehntelange Treue abstattet. Mit Jubiläums-Preisen, von denen morgen bestimmt Groß-Hagen und Umkreis spricht

## Damen-Konfektion!

**Klein Inge**
Tenniskleid aus Waschpanama, flott Faltenrock, Serie II 3.95, Serie I Jubiläumspreis
**2.95**

**Kleid Hanne**
Jugendliches Bordürenkleid aus Ia. Waschpopeline Jubiläumspreis
**4.75**

**Kleid Jndra**
Sportkleid aus Tricotscharmeuse modernes Tweedgewebe Jubiläumspreis
**6.75**

**Mantel Greta**
Trenchcoat-Mantel, gute Verarbeitung i. marine u. Sportfarben Jubiläumspreis
**7.50**

**Mantel Pluviut**
Damen-Regenmantel, Batist, gummiert in vielen Farben. Jubiläumspreis
**15.-**

**Mantel Edith**
jugendl. Mantel aus Tweed m. modern. großen Revers, ganz gefüttert. Jubiläumspreis
**19.-**

**Kleid Addi'**
Jugendliches Kleid aus K'S.-Crêpe de Chine, aparte Blumenmuster Jubiläumspreis
**9.75**

**Kleid Hertha**
Nachmittagskleid, Kunsts.-Maroc, mit eleganter Madeira-Garnitur Jubiläumspreis
**12.50**

**Kleid Lore**
Flottes Kleid aus Wollmusseline mit Jabotgarnitur und Lackgürtel Jubiläumspreis
**12.50**

**Kleid Wally**
Fesch. Nachmittagskleid, reins. Georgette, mit Crêpe de Chine-Unterkleid Jubiläumspreis
**29.-**

**Kleid Mariene**
das eleg. Jungmod.-Kleid aus reins. Maroc, in hellen u. dunkl uni-Farben Jubiläumspreis
**35.-**

**Mantel Trude**
aprt. Mant. a. reinw. Fantasiegewebe m. Hermef.-Imitatkr. i. mode u. nachtblau Jubiläumspreis
**25.-**

**Complet Lotte**
fesches jugendlich. Complet, aus Ka-Maroc, in schönen Modefarben Jubiläumspreis
**29.-**

**Complet Gerda**
eleg. komplet, Kleid m. Jacke a neuest. kunsts. Geweben in apart. Farbenstell. Jubiläumspreis
**49.-**

**Kostüm Dolly**
d. mod. Jackenkleid 2-reihig, aus guten Stoffen, ganz auf K.-Seide gefüttert Jubiläumspreis
**19.-**

**Kostüm Ingrid**
aus reinw. Fischgrat, fesche Form, guter Sitz, auf K.-Seide gefüttert Jubiläumspreis
**29.-**

**Die Modekappe**
in feinem, glänzendem Raccello, Jubiläumspreis
**3.50**

**Der große Hut**
in grobgeflochten. Stroh und anderen Fantasiegeflechten Jubiläumspreis
**5.50**

**Frauen-Hüte**
Kappen u. Glocken in großen Kopfweiten Jubiläumspreis
**7.50**

**Sehr fesch Kappen**
aus weichem, schmiegsamen Strohbandeau, in allen Farben Jubiläumspreis
**9.50**

**Echte handgefl. Hanf- u. Sisolhüte**
in modernen Pastell-Farben
**12.50 16.50**




**ALSBERG HAGEN**



# Unerhört billige Preise

**monogm Ann-u. Umbon!**

**14.80** Sonnen-Anzügen
alle Größen, moderne, wie auch solide Musterungen, nur erprobt strapazierfähige Stoffe
**16.80 19.50 24.—**

**29.50** Sonnen-Anzügen
reines Kammgarn, Qualitäten, die sich gut tragen, uni blau und moderne Musterungen
**34.50 38.— 42.—**

**44.50** Sonnen-Anzügen
I-reihig und II-reihig, reines Kammgarn, erstklassige Fabrikate, grau-, blau-, braun- oder schwarzgrundig gestreift oder matt kariert
**49.— 58.— 68.—**

**49.00** Sonnen-Anzügen
Cheviot oder Buckskin, besonders strapazierfähig, modernste wie auch dezente Musterungen
**58.— 68.— 74.—**

**78.00** Sonnen-Anzügen
unsere Handverarbeitung, das Beste und Schönste der deutschen Tuchindustrie, die weltberühmten Lenneper und Werdener Fabrikate
**84.50 98.— 110.—**

**115.00** Sonnen-Anzügen
die feinsten Modelle in vollendet guter Ausführung, beste deutsche u. orig. englische Stoffe
**124.— 135.— 148.—**

**18.00** Sport-Anzügen
die neuen Formen aus besonders qualifizierten Stoffen, mit größter Sorgfalt hergestellt
**28.50 35.— 45.—** bis z. d. feinsten Modellen

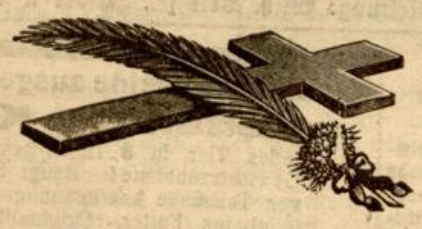
**26.00** Frühjahrs-Mäntel u. Pelerins
Gabardine, Cheviots, Shetland, eine Auswahl, wie sie nur ein großes Spezialhaus bieten kann
**38.— 54.— 68.—** bis z. d. feinsten Modellen

Olle Kunden bekommen bei Einkäufen von 10 Mark an eine Fahrtvergütung bis Barmen und zurück!

Olle Kunden bekommen bei Einkäufen von 10 Mark an eine Fahrtvergütung bis Barmen und zurück!

**Ohlendorf**
BARMEN
Das führende Haus für anspruchsvolle Herrenkleidung





Heute morgen 5 Uhr ist meine liebe Frau, meine treusorgende Mutter, meine gute Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

**Frau Wilh. Schmale**
**Marta** geb. **Kämper**

nach langem, schweren Leiden, im Alter von 39 Jahren sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:
**Wilh. Schmale**
**Klärchen Schmale**
**Ewald Kämper**
**Familie Heinr. Schmale.**

**In der Mark** und Elbringhausen den 29. April 1931.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 2. Mai nachmittags 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.


**Freiw. Feuerwehr Halver.**

Samstag, d. 2. Mai, nachmittags 4,30 Uhr
**Uebung.**
Das Kommando.



**Freiw. Feuerwehr Neuenhaus.**

Sonntag, den 3. Mai morg. 7 Uhr
**Uebung.**
Vollzähliges Antreten ist unbedingt erforderlich.
Das Kommando.



**Freiw. Feuerwehr Bommert.**

Sonntag, den 3. Mai morg. 7 Uhr
**Uebung.**
Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.
Das Kommando.


**Vertreter gesucht,**
Wer gut in der Gegend bekannt ist, viel herumkommt und mit Landleuten umzugehen weiß, findet gute Existenz durch unsere gute, besonders gefragte Spezialsache.
Sof. hoher Barverdienst.
Rafost A.-G. München 8,

**Leere Kisten**
hat abzugeben:
**Wilh. Bell jr., Halver**

Eisen-Metall-Holz-**Betten**
Stahlmatr. Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.

**Visitenkarten** liefert schnellstens
Druckerei Wilh. Bell jr.